


	<p style="text-align: center;">Protokoll</p> <p style="text-align: center;">der 34. Vollversammlung der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e.V. (EJHN) vom 05. – 07. April 2019 in der Evangelische Jugendbildungsstätte Jugendburg Hohensolms</p>	
TOP	Tagesordnung:	Status
1)	<p>Eröffnung und Begrüßung</p> <p>Dirk Weikum und Noah Kretzschel begrüßen die Vollversammlung.</p>	
2)	<p>Feststellen der Beschlussfähigkeit</p> <p><u>Samstag, Plenum:</u> Die VV ist mit 24 von 31 Dekanaten beschlussfähig.</p> <p><u>Anzahl der anwesenden Stimmen:</u> Rheinhessen: 22 Nord-Nassau: 13</p>	<p>beschlussfähig</p>

	<p>Rhein-Main: 21 Oberhessen: 18 Starkenburger: 31 Berufene: 2 Jugenddelegierte: 4 Vorsitzende: 2</p> <p>Insgesamt 113 anwesende Stimmen</p>	
3)	<p>Absprachen zur Tagesordnung Tagesordnungspunkt 7 wird von der Tagesordnung genommen. Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung beschlossen.</p>	Beschlossen
4)	<p>Genehmigung der Niederschrift der 33. Vollversammlung Das Protokoll der 33. Vollversammlung wurde fristgerecht versandt. Innerhalb der Frist gingen keine Einwände in der Geschäftsstelle ein, damit ist die Niederschrift genehmigt.</p>	genehmigt
5)	<p>Bericht des Vorstandes und der Kinder- und Jugendstiftung Marieke Eisenkrämer stellt den Bericht des Vorstandes und der Kinder- und Jugendstiftung vor.</p>	
6)	<p>Themenschwerpunkte Alle Ergebnisse der Themenschwerpunkte werden online auf www.ejhn.de/vollversammlung/34/ veröffentlicht.</p>	
7)	<p>Haushalt Wird vertagt</p>	
8)	<p>Bildung eines Wahlausschusses (§ 14) Jens Wernikowski, Jonas Papst, Connie Gutenstein, Julius Körner</p> <p>stehen als Wahlausschuss zur Wahl. Sie werden einstimmig von der Vollversammlung als Wahlausschuss gewählt.</p>	
9)	<p>Berufungen in die Vollversammlung (§ 10 VII) Andreas Scheufele, Michael Ewig</p> <p>Beide Kandidaten stellen sich kurz vor. Es wird offen gewählt. Andreas Scheufele wird mit 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen in die Vollversammlung berufen, Michael Ewig mit 5 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen.</p>	

<p>10)</p>	<p>ggf. Nachwahlen a) Vorsitzende*r (§ 15 I) b) Vorstand (§§ 11 Bst. d, 15 V)</p> <p>a) Vorsitzende*r (§ 15 I) keine Nachwahl erforderlich.</p> <p>b) Vorstand (§§ 11 Bst. d, 15 V)</p> <p>Propstei Nord-Nassau</p> <p>Zur Wahl steht Larissa Schaffrath. Sie stellt sich vor. Es wird geheim gewählt. Ja-Stimmen:74 Nein-Stimmen: 21 Enthaltungen: 17</p> <p>Larissa ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.</p> <p>Propstei Rheinhessen und Nassauer Land</p> <p>Zur Wahl steht Steffen Batz. Nicht anwesend, daher Vorstellung durch Stadtjugendpfarrer Matthias Braun aus Mainz. Es wird offen gewählt. Enthaltungen: 1</p> <p>Steffen ist damit gewählt und nimmt die Wahl an.</p>	<p>gewählt</p> <p>gewählt</p>
<p>11)</p>	<p>ggf. Nachwahlen von Vertreter*innen in andere Gremien und Organisationen (§ 11 I Bst. g)</p> <p>Benennung von 4 Klimabotschaftern</p> <p>Juliana Müller (DA Land) und Kimberly Van Cleave (Bergstraße) stellen sich vor und werden einstimmig als Klimabotschafterinnen benannt.</p> <p>Somit sind 2 von 4 Plätzen vergeben.</p>	<p>benannt</p>
<p>12)</p>	<p>Anträge</p> <p>Antrag Nr. 01 Antragsteller: Evangelische Jugendvertretung im Dekanat Bergstraße Antrag: Antrag zur Politik in der EJHN</p> <p>Die EJHN möge beschließen sich im Rahmen einer Vollversammlung in dem kommenden Jahr damit auseinanderzusetzen, wie politisch evangelische Jugend sein darf oder muss und wie demokratisch unser Plenum wirklich ist.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>erfolgt mündlich</p> <p>ZURÜCKGEZOGEN</p> <p>Antrag Nr. 02 Antragsteller: Vorstand der EJHN Antrag: Fridays for future</p> <p>Die Evangelische Jugend in Hessen und Nassau e.V begrüßt und unterstützt die Bewegung FridaysForFuture ausdrücklich und macht sich deren Ziele zu eigen.</p> <p>Wir fordern die EJVDs auf, sich mit den lokalen Gruppen von FridaysForFuture zu solidarisieren und ihre Arbeit zu unterstützen.</p> <p>Wir fordern, dass alle Schulen ihren Schüler*innen die Teilnahme an den</p>	

~~Demonstrationen ohne negative Konsequenzen ermöglichen.~~ **Änderungsantrag Max Lubba OF/FFM – Streichen Zeile 17, 18 + 30-32 - angenommen**

Wir fordern unsere Landeskirche auf ihre Bemühungen im Bereich Klimaschutz zu verstärken um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen und die Empfehlungen der EKD (Einsparung von 40% der CO² Emissionen bis 2020 gegenüber 2005 und **Klimaneutralität** bis 2050) als die eigenen Ziele zu übernehmen.

Alle politischen Entscheidungsträger*innen werden aufgefordert, eine Wertschätzung des politischen Engagements der jungen Menschen durch eine Übernahme der Forderungen von FridaysForFuture in die politische Agenda zu gewährleisten.

~~Die EJHN fordert die Kultusminister*innenkonferenz auf die 1973 getroffene Verlautbarung „Zur Stellung des Schülers in der Schule“ daraufhin zu überprüfen, ob sie die politische Teilhabe der Schüler*innen ermöglicht.~~

Wir rufen die Verantwortlichen auf allen Ebenen auf, sich öffentlich dafür einzusetzen, dass das politische Engagement von jungen Menschen wie bei FridaysforFuture mit Respekt behandelt und gewürdigt wird.

Begründung:

Fridays for Future ist eine globale und dezentrale Bewegung, die von jungen Menschen organisiert wird.

Die Demonstrierenden fordern unmittelbaren und effektiven Klima- und Umweltschutz. Sie wollen insbesondere, dass die klimaschädliche Verbrennung von Kohle, Öl und Gas nicht mehr staatlich subventioniert, sondern verboten wird und erneuerbare Energien stärker gefördert werden.

Außerdem wird eine Einhaltung des Pariser Klimaabkommens gefordert und eine Beschränkung der Erderwärmung auf möglichst 1,5°C

Umweltschutz und damit die Bewahrung der Schöpfung sind Kernanliegen der EJHN.

Die EKHN hat ihr angestrebtes Ziel bis 2015 25 % der emittierten Treibhausgase gegenüber 2005 einzusparen deutlich verfehlt.

Die EKD-Synode empfiehlt bis zum Jahr 2020 40% CO² und bis 2050 **Klimaneutralität**.

Um ein verlässlicher Partner in Sachen Klimaschutz zu sein, muss die EKHN ihre eigenen Bemühungen in diesem Bereich verstärken.

Die Schüler*innen demonstrieren regelmäßig auf den Fridays-for-Future-Demonstrationen für ihre Anliegen, teilweise während ihrer Unterrichtszeit. Sie verletzen die Schulpflicht um ihr grundgesetzlich geschütztes Demonstrationsrecht auszuüben

Bisher haben Schüler*innen, die dem Unterricht fern bleiben um an einer Demonstration teilzunehmen, mit negativen Konsequenzen zu rechnen. Dies geht auf eine Verlautbarung der Kultusminister*innenkonferenz des Jahres 1973 zurück, hier heißt es: „Die Teilnahme an Demonstrationen rechtfertigt nicht das Fernbleiben vom Unterricht oder eine sonstige Beeinträchtigung des Unterrichts. Das Demonstrationsrecht kann in der unterrichtsfreien Zeit ausgeübt werden.“

Die EJHN hält es jedoch für angemessen, dass Schüler*innen einzelne Unterrichtsstunden versäumen um zu demonstrieren.

Hier gilt es zwischen zwei Artikeln des Grundgesetzes abzuwägen. Einerseits den aus Art. 7 resultierenden Auftrag an den Staat für ein leistungsfähiges Schulsystem zu sorgen und damit auch dem Bildungsauftrag gegenüber den Schülern nachzukommen. Aus diesem Erziehungsauftrag resultiert auch die allgemeine Schulpflicht der Schüler*innen. Andererseits haben auch sie das Grundrecht auf freie Demonstration und dieses Recht ist nicht auf die Freizeit der Demonstrierenden beschränkt.

Es kann nicht im Sinne des Grundgesetzes, und schon gar nicht im Sinne politischer Jugendbildung sein, wenn Schüler*innen für die Teilnahme an Demonstrationen bestraft werden.

Änderungsantrag von Frankfurt-Offenbach:

Streichung der oben gestrichenen Zeilen.

Es wird abgestimmt.

Ja: 54

Nein: 30

Der Änderungsantrag wurde angenommen.

Der Antragsteller nimmt die gelb markierten Änderungen, die in der Debatte entstanden sind, auf und macht sich diese zu eigen.

Antrag Nr. 09

Antragsteller: Die Dekanate Worms-Wonnegau, Ingelheim-Oppenheim und Nassauer Land

Antrag:

Die EJHN unterstützt #FridaysForFuture

Adressat*innen

Landesregierung des Landes Rheinland-Pfalz

Landesregierung des Landes Hessen

Kirchenleitung der EKHN

Antrag

Die Evangelische Jugend in Hessen und Nassau e.V begrüßt und unterstützt die Bewegung #FridaysForFuture ausdrücklich und macht sich deren Ziele zu eigen. Die Entscheidungsträger*innen werden aufgefordert, eine Wertschätzung des politischen Engagements der jungen Menschen durch eine Übernahme der Forderungen von #FridaysForFuture in die politische Agenda zu gewährleisten. Wir rufen die Verantwortlichen auf allen Ebenen auf, sich öffentlich dafür einzusetzen, dass das politische Engagement von jungen Menschen wie bei #FridaysforFuture mit Respekt behandelt und gewürdigt wird.

Begründung:

Das Engagement zehntausender Schüler*innen im Kampf für eine ökologischere und nachhaltigere Gesellschaft macht den Unmut junger Menschen mit der derzeitigen Klimapolitik deutlich. Um ihrer Empörung über die aktuelle Situation Ausdruck zu verleihen, gehen sie für mehr Klimaschutz demonstrieren.

Diese Anliegen sind wissenschaftlich fundiert begründet (siehe unter anderem scientists for future). Die bisher ergriffenen Maßnahmen für Klima, Natur und Umwelt führen nicht zu einer Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Damit wäre eine lebenswerte Zukunft für alle Generationen bedroht. Benötigt wird ein Umdenken der gesamten Gesellschaft, Gewohnheiten müssen verändert werden, die unter anderem Konsum und Mobilität betreffen. Die berechnete Forderung der jungen Menschen zielt deshalb berechnete ab auf eine Neuausrichtung der Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit.

Die Bewegung #FridaysForFuture zeigt, dass immer mehr junge Menschen sich für eine Veränderung einsetzen und nicht bereit sind, die Folgen der aktuellen Klimapolitik hinnehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt es viel Unterstützung auf dem Weg. Die Forderung nach schnellem und konsequentem Handeln können wir als Vertreter*innen der Jugendverbände in Verantwortung für unsere Gesellschaft nur nachdrücklich unterstreichen. Ihr Handeln sollte wertschätzend und als Zeichen einer lebendigen Demokratie statt verurteilend beurteilt werden.

Diese Form der politischen Partizipation und des Protestes unterstützt der Landesjugendring ausdrücklich.

Vor allem die Politik steht in der Verantwortung, zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere muss klimafreundliches und nachhaltiges Handeln einfacher und kostengünstiger werden. In diesem Zusammenhang fordern wir von den Entscheidungsträger*innen eine Wertschätzung des politischen Engagements auch durch eine Übernahme der

Forderungen von #FridaysForFuture in die politischen Agenda.

Antrag 02 und Antrag 09 werden gegeneinander abgestimmt:

Ja: 55 für Antrag 02; 41 für Antrag 09

Nein: 2

Enthaltung: 13

Somit wird Antrag 02 beschlossen.

Antrag Nr. 03

Antragsteller: Evangelischer Jugendring Wiesbaden

Antrag:

Die Delegierten sollen an dem Diskussionsprozess beteiligt werden, der in der Konferenz der regionalen Geschäftsführenden angestoßen wurde.

Die EJHN möge beschließen, dass sich nicht nur die Hauptamtlichen, sondern alle Delegierten, wenn möglich direkt bei der 34. Vollversammlung, ansonsten so zeitnah wie möglich, entscheidungsrelevant zu den Themen Konkrete Umsetzung der KJO zur Gemeinde- und Dekanatsjugendvertretung vor Ort und Stellen für JugendreferentInnen und GemeindepädagogInnen äußern können.

Begründung:

Wir halten die Einschätzung der Jugendlichen zu diesen Themen für hoch relevant und denken, dass es wichtig ist diese in den Diskussionen zu berücksichtigen. Die Jugendlichen können sowohl einen eigenen wichtigen Blick auf die Situation der evangelischen Jugendarbeit vor Ort einspielen, als auch eine Einschätzung der Notwendigkeit hauptamtlicher Unterstützung. Auf diese guten und wichtigen Einschätzungen der Jugendlichen sollte nicht verzichtet werden. Die Hauptamtlichen können diese Positionen nicht ohne sie errahnen und wissen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Nr. 04

Antragsteller: Vorstand der EJHN

Antrag:

Die Vollversammlung möge folgendes Positionspapier beschließen:

Lasst uns nicht lieben mit Worten noch mit der Zunge, sondern mit der Tat und mit der Wahrheit! 1. Joh 3, 18

Das Selbstverständnis der EJHN beruht auf christlichen Werten, vor allem auf dem Doppelgebot der Liebe.

Die EJHN ist sich bewusst, dass sie auf diese Werte weder Patent noch alleinigen Anspruch besitzt. Gleichwohl widersetzt sie sich dem Missbrauch dieser Werte zu politischen Zwecken, wo sie nur als Tarnung für eine Politik verwendet werden, die diesen Prinzipien nicht entspricht.

Die 32te Vollversammlung der EJHN im April 2018 hat unsere Kerne christlichen Glaubens definiert. Sie alle beruhen auf dem Doppelgebot der Liebe; der Liebe zu Gott, sich selbst und zu Anderen.

Wir sehen christliches Handeln im Sinne der Gottes- und Menschenliebe und in der Verantwortung gegenüber unserem Glauben, denn alles was wir als Christ*innen tun, tun wir im Glauben an den dreieinigen Gott.

Parteien treffen oft Entscheidungen, die aus unserer Sicht mit den christlichen Werten

nicht vereinbar sind: Sie beschließen Obergrenzen für geflüchtete Menschen, betreiben eine gefährliche Waffenexportpolitik, handeln mit Menschen im Rahmen des Türkei-Abkommens, lassen Menschen im Mittelmeer ertrinken und wollen stärkere Grenzen, um hilfebedürftige Menschen an der Einwanderung nach Deutschland zu hindern. Sie diskutieren über Familiennachzug, statt Familien beisammen sein zu lassen und diskriminieren die Flucht von Menschen als „Asyltourismus“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“.

Politische Argumentation auf der Basis christlicher Werte sollen zwar in der Politik auf keinen Fall außen vorgelassen werden. Aber Religion für Machtspiele zu instrumentalisieren, um gegen andere Religionen zu hetzen und die Bürger*innen in diesem Land zu spalten entbehrt nicht nur jeder Vernunft, sondern auch den Grundfesten unseres Glaubens. Zudem fordern wir, dass Religionen nicht mehr für Wahlkämpfe missbraucht werden.

Die Aufgabe der Kirche ist es, die Welt in der Nachfolge Jesu Christi zu verändern. Die Aufgabe aller Parteien und der Parlamente ist es, dem Gemeinwohl zu dienen, in dem sie Gerechtigkeit und Frieden schützen. Wenn diese ihrer Rolle nicht gerecht werden, dann müssen Menschen des Glaubens aufstehen und das Wort ergreifen.

Wir wollen deshalb klar benennen:

Wir verurteilen die Politik der AFD, die die „Rettung des christlich-jüdischen Abendlandes“ propagiert und damit eine menschenfeindliche und rassistische Politik¹ meint. Diese Politik verkehrt die Grundwerte christlichen Glaubens in ihr Gegenteil!

Die Unionsparteien CDU und CSU tragen das „Christlich“ in ihrem Namen und verweisen in ihren Grundsatzprogrammen und dem gemeinsamen Regierungsprogramm auf eine Politik die auf „dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott [beruht]“². Damit wirbt die Union auch aktiv. Diesen Ansprüchen wird sie in ihrem aktuellen praktischen Handeln allerdings nicht gerecht.

Argumente im politischen Raum, die sich explizit auf christliche Werte beziehen, werden von Politiker*innen aller Parteien immer wieder als Mittel zum Zweck missbraucht, andere Argumente oder Menschen herabzuwürdigen und zu diskreditieren. Dies widerspricht dem Grundverständnis des christlichen Glaubens als Einladung zum Dialog.

Der Antrag wird mit 8 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen beschlossen.

¹Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 abzurufen unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

²Grundsatzprogramm der CDU (2007: 4) abzurufen unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918

Antrag Nr. 05

Antragsteller: Evangelische Jugendvertretung im Dekanat Bergstraße
Evangelischer Jugendring Wiesbaden

Antrag: Antrag zur Auseinandersetzung mit dem politischen Selbstbild der EJHN

Die EJHN möge beschließen sich im Rahmen einer Vollversammlung in dem kommenden Jahr damit auseinanderzusetzen, wie politisch evangelische Jugend sein darf oder muss.

Begründung:

erfolgt mündlich

Der Antrag wird mit 24 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen beschlossen.

Antrag Nr. 06

Antragsteller: Evangelische Jugendvertretung im Dekanat Bergstraße
Evangelischer Jugendring Wiesbaden

Antrag: Ermöglichung größtmöglicher Teilhabe

Die EJHN möge beschließen sich im Rahmen einer Vollversammlung in dem kommenden Jahr damit auseinanderzusetzen, wie das Plenum fairer, transparenter, demokratischer und partizipativer gestaltet werden kann und welche Konsequenzen dies für das Plenum hat.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Der Antrag wird mit 17 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen beschlossen.

Antrag Nr. 07 – Alternative zu 01 zurückgezogen

Antragssteller: Evangelischer Jugendring Wiesbaden mit Unterstützung der Propstei Rhein Main.

Antrag: Evangelische Jugend als Träger von politischer Verantwortung

Die EJHN möge beschließen sich im Rahmen einer Vollversammlung in dem kommenden Jahr damit auseinanderzusetzen, wie politisch evangelische Jugend sein muss und wie es gelingen kann, dass die Vollversammlungen und das Plenum dabei so partizipativer, fairer, transparenter und demokratischer zu gestalten.

Begründung:


Es ist immer wieder wichtig sich der Frage zu stellen, was die Themen der Evangelischen Jugend sind und dies auch gemeinsam zu entscheiden. Die Evangelische Kirche hat eine lange Tradition und große Vorbilder des Einmischens von Kirche in Politik. Wir wollen mit Dietrich Bonhoeffer nur zwei nennen. Bonhoeffer spricht von einer Kultur der Einmischung, einer Verantwortlichmachung des Staates und davon, dem Rad in die Speichen zu fallen. Die Evangelische Jugend in Bayern spricht zum Beispiel von Dimensionen, warum Evangelische Jugend politisch sein muss:

1. Sicherung der Rahmenbedingungen für Jugendarbeit
2. Partizipation junger Menschen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen und Veränderungen
3. „Freiräume schaffen“, die ein Hinterfragen gesellschaftlicher Normen und Werte ermöglichen und „freie Räume“ schaffen, in denen Jugendarbeit passieren kann

	<p>4. Ein christlich –protestantischer Blick auf Welt</p> <p>Wir halten es für notwendig und spannend zu fragen: Was bedeutet das für unsere heutige Zeit und für uns; der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau? Was heißt das konkret?</p> <p>Gelingende Partizipation und das Ermöglichen größtmöglicher Beteiligung und Teilhabe von allen ist ein großes wichtiges Ziel. Vor einigen Jahren haben wir uns in einer Vollversammlung mit dem Thema Inklusion auseinandergesetzt. Anknüpfend an diese erscheint es uns wichtig sich anzuschauen, wie viel Beteiligung die Vollversammlungen ermöglichen und wie viel Ausschluss, nicht nur wegen Beeinträchtigungen geschieht, sondern auch durch die Art und Weise der Vollversammlungen, z.B. durch Wissen oder Sprache. Die Beteiligung aller an den demokratischen Prozessen soll dabei so weit wie möglich ausgebaut werden.</p> <p>Antrag 07 wurde zurückgezogen.</p> <p>Antrag Nr. 08 Antragssteller: Evangelischer Jugendring Wiesbaden mit Unterstützung der Propstei Rhein Main</p> <p>Antrag: Kinder- und Jugendausschuss im Handbuch für Kirchenvorstände Die EJHN möge beschließen, dass der Vorstand beauftragt wird sich dafür einzusetzen, dass das Kapitel Ausschüsse im Handbuch für Kirchenvorstände dahingehend geändert wird, dass der Gemeindejugendvertretung bzw. dem Kinder- und Jugendausschuss bezugnehmend auf die Kinder- und Jugendordnung mehr Bedeutung beigemessen wird. Dies bezieht sich auf alle zukünftigen Auflagen. Darüber hinaus soll der Vorstand beauftragt werden zu prüfen in welchen weiteren Veröffentlichungen sinnvollerweise darauf hingewiesen werden kann.</p> <p>Begründung: Erfolgt mündlich</p> <p>Der Antrag wird mit 4 Enthaltungen angenommen.</p>	
<p>13)</p>	<p>Benennung von Projektgruppen Ausschüssen (§ 11 Bst. h) Es gibt keine Benennungen von Ausschüssen oder Projektgruppen.</p>	
<p>14)</p>	<p>Termine, Verschiedenes 35. Vollversammlung 08. - 10. November 2019 - Kloster Höchst/Odw. 36. Vollversammlung 27. – 29. März 2020 Jugendburg Hohensolms</p> <p>Anne Umsonst spricht den Reisesegen.</p>	

Für das Protokoll:

Hohensolms, den 22.04.2018



gez. Jochen Ruoff + Matthias Roth
Geschäftsstelle der EJHN